

# **Participatory Budgeting Applikationen – Die Macht und der Einfluss der Minderheit**

als

Bachelorarbeit

an der

Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät  
der Universität Bern

eingereicht bei

**Dr. Matthias Stürmer**

Institut für Wirtschaftsinformatik

Forschungsstelle Digitale Nachhaltigkeit

von

Sivakumaran, Jashmini

von Ittigen

im 9. Semester

Matrikelnummer: 11-127-560

Studienadresse

Altikofenstrasse 35

3048 Worblaufen

(Tel. 031 991 82 28)

(E-Mail: [jashmini.sivakumaran@gmx.ch](mailto:jashmini.sivakumaran@gmx.ch))

Bern, 05. November 2015

## **Zusammenfassung**

In dieser Bachelorarbeit werden die Macht und der Einfluss der Minderheit bei der Onlinepartizipation betrachtet. Am Anfang der Arbeit werden die wichtigsten Begriffe, welche zum Verständnis der Arbeit beitragen, definiert. Darauf folgend werden verschiedene theoretische Ansätze zum Minderheitseinfluss aufgezeigt. Um nicht nur dem theoretischen Aspekt des Minderheitseinflusses Beachtung zu schenken, werden die Fallbeispiele „Zukunft Schwedenplatz“ und „Bürgerhaushalt Köln“ näher betrachtet und die dort enthaltene Problematik der Minderheitsmacht aufgezeigt. Um die praktische Relevanz der Minderheitsproblematik bei der Onlinepartizipation nochmals zu untermauern, wurden zwei Telefoninterviews mit Projektleitern aus Onlinebeteiligungsprojekten geführt und ausgewertet. Die Arbeit wird mit generischen Empfehlungen abgeschlossen, welche in der Praxis angewendet werden können, um der Minderheitsproblematik entgegenzuwirken.

---

# Inhaltsverzeichnis

<b>1</b>	<b>Einleitung .....</b>	<b>1</b>
1.1	Ausgangslage .....	1
1.2	Problemstellung .....	1
1.3	Zielsetzung.....	2
1.4	Methodisches Vorgehen und Inhalt der Arbeit .....	2
<b>2</b>	<b>Thematische Einleitung .....</b>	<b>4</b>
2.1	E-Government.....	4
2.2	E-Demokratie .....	4
2.3	E-Partizipation.....	4
2.4	Partizipationsleiter.....	5
<b>3</b>	<b>Theoretische Grundlagen der Minderheitsdiktatur .....</b>	<b>7</b>
3.1	Konversionstheorie .....	7
3.2	Heuristic-Systematic Model (HMS) .....	8
3.3	Selbstkategorisierungstheorie.....	9
3.4	Theorie von Hollander.....	9
<b>4</b>	<b>Fallbeispiele .....</b>	<b>11</b>
4.1	Zukunft Schwedenplatz – Mischen Sie mit!.....	11
4.1.1	Ausgangslage .....	11
4.1.2	Projekttablauf .....	12
4.1.3	Ergebnisse .....	13
4.1.4	Aktuelle Situation .....	13
4.1.5	Kritische Punkte .....	13
4.1.6	Lösungsvorschläge Fallbeispiel Schwedenplatz: Entgegenwirkung des Minderheitseinflusses .....	14
4.2	Kölner Bürgerhaushalt „Deine Stadt - Dein Geld“ .....	15
4.2.1	Ausgangslage .....	16

---

4.2.2	Projekttablauf .....	16
4.2.3	Ergebnisse .....	17
4.2.4	Aktuelle Situation .....	17
4.2.5	Kritische Punkte .....	18
4.2.6	Lösungsvorschläge .....	18
<b>5</b>	<b>Resultate und Erkenntnisse der Interviews .....</b>	<b>20</b>
5.1	Methode und Vorgehen.....	20
5.2	Interview Frau Neubauer.....	20
5.3	Interview Herr Eisel .....	22
5.4	Interviewvergleich .....	24
<b>6</b>	<b>Generische Empfehlungen .....</b>	<b>26</b>
<b>7</b>	<b>Schlussfolgerungen, Fazit und Ausblick.....</b>	<b>28</b>
7.1	Schlussfolgerungen.....	28
7.2	Fazit .....	29
7.3	Ausblick.....	30
<b>8</b>	<b>Anhang .....</b>	<b>32</b>
8.1	Anhang 1.....	32
8.2	Anhang 2.....	32
8.3	Anhang 3.....	36
<b>9</b>	<b>Literaturliste.....</b>	<b>41</b>
	<b>Selbständigkeitserklärung .....</b>	<b>44</b>
	<b>Veröffentlichung der Arbeit.....</b>	<b>45</b>

---

# 1 Einleitung

## 1.1 Ausgangslage

Die stetig wachsenden Möglichkeiten der Partizipation durch die Einführung des Web 2.0 und die dadurch entstehenden Applikationen sowie die immer innovativeren Beteiligungsplattformen sind heute fast unerlässlich für die aktive soziale Involvierung in unserer Gesellschaft. Dies basiert unter anderem auf der enormen Masse an Wissen, welche im Internet ausgetauscht und publiziert wird. Diese neuen Entwicklungen im Internet ermöglichen verschiedenen Interessengruppen, wie beispielsweise dem Staat, neue Wege der Kollaboration mit seinen Bürgern zu gehen, um deren Einbindung innovativer und transparenter zu gestalten<sup>1</sup>. Der Staat und die Verwaltung sollten insofern transparenter werden, damit die Öffentlichkeit die Entscheidungen des Staates und der Verwaltung besser nachvollziehen und beeinflussen kann<sup>2</sup>.

Die wachsende Transparenz der Staatsplattformen und die Möglichkeit der aktiven Beteiligung der Bürger an diversen politischen Themen im Internet mittels internetbasierten Applikationen, soll als langfristiges Ziel das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Entscheidungen des Staates und dessen Verwaltung steigern. Diese Informationskanäle sollen den Bürgerinnen und Bürger die Informationen und die Möglichkeit der Partizipation über und an der Verteilung der Staatsausgaben zugänglich machen.

## 1.2 Problemstellung

Die Möglichkeit der Onlinepartizipation der Bürgerinnen und Bürger hat ihre Schattenseiten wie die Diktatur der Minderheit. Bei dieser beeinflusst eine kleinere Bevölkerungsgruppe, aufgrund ihrer aktiven Beteiligung, die Entscheidungen der Mehrheit und gibt diese nicht reliabel wieder. Aus Sicht der Autorin ist es relevant, dass die neuen Kommunikationsmöglichkeiten nicht nur die Interessen der Minderheit, sondern weiterhin, wie es in der Demokratie üblich ist, das Interesse der Mehrheit wiedergeben.

---

<sup>1</sup> Vgl. Habbel/Huber (2008), S. IX.

<sup>2</sup> Vgl. von Lucke (2010), S. 398 ff.

---

Bei der im Kontext dieser Arbeit behandelten Problematik der Diktatur der Minderheit besteht aufgrund weniger Literatur eine Forschungslücke, wie dieser Problematik entgegengewirkt werden kann.

### **1.3 Zielsetzung**

Ziel dieser Bachelorarbeit ist es, den Umfang der Macht der Minderheit bei der Beteiligung an politischen Aktivitäten im Internet mithilfe von Theorien zu analysieren und die Fallbeispiele: „Kölner Bürgerhaushalt“ und „Zukunft Schwedenplatz“ vorzustellen, bei welchen der Einfluss der Minderheitsmacht aufgezeigt wird. Als Abschluss der Arbeit werden generische Empfehlungen, welche die Diktatur der Minderheit bei der Onlinepartizipation verhindern oder reduzieren können, abgegeben. Bei Letzterem handelt es sich um ein präskriptiv-normatives Ziel.

### **1.4 Methodisches Vorgehen und Inhalt der Arbeit**

Zu Beginn der Arbeit wird eine Literaturrecherche durchgeführt, bei welcher dem Thema naheliegende Begriffe, wie beispielsweise Minderheitsdiktatur, in verschiedenen Suchmaschinen wie GoogleScholar eingegeben werden, um die bestehende Literatur zu erfassen. Danach werden die für das Thema Diktatur der Minderheit und die dazu bestehenden, für die Bürgerbeteiligung relevanten Theorien analysiert sowie deren Kerngedanken in Kapitel 3 festgehalten. Zudem wird im darauffolgenden Kapitel 4 die Minderheitsproblematik bei der Onlinepartizipation an den Fallbeispielen „Kölner Bürgerhaushalt“ und „Zukunft Schwedenplatz“ aufgezeigt. Anschliessend folgt mit Kapitel 5 ein empirischer Teil, in welchem zwei halbstrukturierte Telefoninterviews mit Experten durchgeführt werden, welche sich umfassend mit der Onlinepartizipation und dessen Hürden beschäftigen. Zu den Interviewpartnern gehören:

- Stephan Eisel; Projektleiter „Internet und Demokratie“ der Arnold Stiftung
- Kristen Neubauer; Projektleiterin des Fallbeispiels „Zukunft Schwedenplatz“

Die Interviewergebnisse werden nach dem Vorgehen der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring ausgewertet. Aufgrund der konzeptionellen und

---

empirischen Daten sollen generische Empfehlungen für das Entgegenwirken der Minderheitsmacht bei der Onlinepartizipation ausgearbeitet werden, was Bestandteil von Kapitel 6 ist. Das Kapitel 7 schliesst die Arbeit mit einer Schlussfolgerung, einem Fazit und einem Ausblick auf weitere Forschungsfelder ab.

Zusammen mit der bestehenden Literatur zum Thema Onlinepartizipation und eigenen Interviewergebnissen kann diese Arbeit keine abschliessenden Lösungsvorschläge bieten und stellt eine Grundlage für weitere Forschungsarbeiten dar.

---

## 2 Thematische Einleitung

Als Einführung in die Arbeit werden die Begriffe E-Government, E-Demokratie und E-Partizipation definiert, deren Grundverständnis die Basis dieser Arbeit bildet. Während der Recherche wurden zahlreiche Definitionen dieser Begriffe gesichtet, von denen in diesem Kapitel eine Auswahl vorgestellt wird, sodass ein umfassendes Verständnis dieser geschaffen wird.

### 2.1 E-Government

E-Government beschreibt die bessere Interaktion von Bevölkerung und Staat durch die Nutzung von Kommunikations- und Informationstechnologien. Es geht darum, dass die Verwaltung und die öffentlichen Dienste ihre Prozesse effizienter organisieren können und die Zusammenarbeit sowohl innerhalb der verschiedenen Einheiten wie auch mit den Bürgerinnen und Bürgern geregelter verläuft.<sup>34</sup>

### 2.2 E-Demokratie

Bei E-Demokratie werden die Bevölkerung und weitere Interessengruppen bei der Gestaltung von öffentlichen und politischen Aktivitäten einer Stadt, Region oder Nation miteinbezogen. Dabei werden elektronische Informations- und Kommunikationstechnologien zur Unterstützung eingesetzt. Es existieren verschiedene Möglichkeiten der Beteiligung wie beispielsweise die eWahlen (elektronischen Wahlen).<sup>56</sup>

### 2.3 E-Partizipation

E-Partizipation wird als Teilelement der E-Demokratie gesehen. Dabei können sich Bürgerinnen und Bürger internetbasiert an politischen Aktivitäten beteiligen. Es werden zwei Arten der Partizipation unterschieden: Die formelle Partizipation, welche gesetzlich verankert ist und die informelle Partizipati-

---

<sup>3</sup> Vgl. Christensen (2013), S.9.

<sup>4</sup> Vgl. Almarabeh/Abu Ali (2010), S.30.

<sup>5</sup> Vgl. Christensen (2013), S.9.

<sup>6</sup> Vgl. Macintosh (2004), S.1.

---

on, welche auf freiwilliger Basis stattfindet. Im Unterschied zum Begriff der E-Demokratie bleibt die finale Entscheidung über die Umsetzung von Vorschlägen seitens der Bevölkerung bei den vorhergehend bestimmten Vertretern.<sup>7</sup>

## 2.4 Partizipationsleiter

Im Zusammenhang mit den Möglichkeiten der Partizipation wird häufig die „Partizipationsleiter“, welche von Arnstein im Jahre 1969 entwickelt wurde, vorgestellt. Hier werden anhand des Grads der Beteiligung acht verschiedene Stufen der Partizipation dargestellt.<sup>8</sup> In Anlehnung an diese Leiter haben Schraml & Kleinszig<sup>9</sup> vier Stufen, in welchen die Bevölkerung einen Einfluss hat, herauskristallisiert. Diese Stufen werden im Folgenden näher beleuchtet.

### **Erste Stufe: Information**

Auf der ersten Stufe werden die interessierten Bürgerinnen und Bürger über die Vorhaben der politischen Gremien und Verwaltungen informiert. Die Möglichkeit der Meinungsäußerung besteht hier aber nicht.

### **Zweite Stufe: Konsultation**

Auf dieser Stufe können sich die Bürgerinnen und Bürger sowohl informieren wie auch ihre Meinungen und Ideen direkt einbringen. Doch es wird nicht gewährleistet, dass ihre Äusserungen in die Entscheidungen einfließen und berücksichtigt werden.

### **Dritte Stufe: Kooperation**

Die Bürgerinnen und Bürger können bei den Entscheidungen mitbestimmen und durch ihre Argumente diese beeinflussen. Ziele und deren Umsetzung können gemeinsam ausgehandelt werden. Hier ist der Einfluss durch die Bürgerinnen und Bürger sehr gross.

### **Vierte Stufe: Entscheidung bis zur Selbstverwaltung**

---

<sup>7</sup> Vgl. Christensen (2013), S.9.

<sup>8</sup> Vgl. Arnstein (1969), S.217ff.

<sup>9</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.33ff.

---

Durch die direkte Stimmabgabe sind die Bürgerinnen und Bürger direkt beteiligt und beeinflussen das Ergebnis eines Projekts vollumfänglich.

Die Stufe der Beteiligung, welche im jeweiligen Projekt erreicht wird, hängt meist vom Budget und dem Beteiligungswillen der Bürgerinnen und Bürger, welches für die diversen Projekte vorhanden ist, ab.<sup>10</sup>

Auf jeder Stufe der Partizipation seitens der Bürgerinnen und Bürger haben die Minderheiten die Möglichkeit das Ergebnis gezielt zu beeinflussen. Aus Sicht des Autors nimmt der Grad der Beeinflussung der Minderheiten von der ersten zur vierten Stufe tendenziell eher zu, da ebenso der Einfluss der Bevölkerung mit jeder Stufe zunimmt.

In diesem Kapitel wurden die verschiedenen Begriffe, welche für das Verständnis dieser Arbeit relevant sind, definiert. Nun folgt im nächsten Kapitel der theoretische Teil dieser Arbeit, wo verschiedene Theorieansätze zur Erklärung des Minderheitseinfluss auf die Onlinepartizipation vorgestellt werden.

---

<sup>10</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.33ff.

---

## 3 Theoretische Grundlagen der Minderheitsdiktatur

Um den Einfluss der Minderheit bei der Onlinepartizipation zu bestimmen, gibt es verschiedene Theorien, welche herbeigezogen werden können, um die Möglichkeiten des Minderheitseinflusses aufzuzeigen. Im folgenden Kapitel wird die Konversionstheorie nach Moscovici, das HSM Model, die Selbstkategorisierungstheorie und die Theorie von Hollander präsentiert, welche verschiedene Aspekte der Einflussmöglichkeiten einer Minderheit erklären können.

### 3.1 Konversionstheorie

Einer der bedeutendsten Forscher, welcher sich mit dem Minderheitsphänomen beschäftigt hat, ist Moscovici. Er hat die Konversionstheorie entwickelt, welche besagt, dass die Minderheit dann einen Einfluss ausüben kann, wenn sie konsistent eine Meinung zu einem bestimmten Themengebiet gegenüber der Mehrheit vertreten kann. Am Anfang wird der Standpunkt der Minderheit als nicht zutreffend oder nicht legitim betrachtet. Wenn aber im Laufe der Zeit der Standpunkt konsequent vertreten wird und die Minderheit keinen Anschein macht, ihre Meinung zu ändern, beschäftigen sich auch Individuen der Mehrheit mit dem Standpunkt, da die Möglichkeit in Betracht gezogen wird, dass der Standpunkt der Minderheit dem korrekten Standpunkt entspricht. Die Vertreter der Mehrheitsmeinung durchlaufen einen Validierungsprozess. Durch diesen Validierungsprozess kann bezweckt werden, dass die Sicht der Minderheit besser verstanden und die Meinung zugunsten der Minderheit verändert wird. Es ist auch wichtig zu beachten, dass die Minderheit die einzelne Person besser beeinflussen kann als die öffentliche Gesellschaft.<sup>11</sup>

Diese Theorie kann bei der Onlinepartizipation insofern relevant sein, dass die Minderheit, welche sich bei der Onlinepartizipation beteiligt und sich beispielsweise für eine bestimmte Projektpriorisierung einsetzt, durch ihre konstante Standpunktvertretung einzelne Teilnehmer der Mehrheit so beeinflusst.

---

<sup>11</sup> Vgl. Moscovici/Personnaz (1980), S. 271ff.

sen kann, dass diese durch den Validierungsprozess ihre Einstellung in Richtung der Minderheit anpassen.

### 3.2 Heuristic-Systematic Model (HMS)

Es ist denkbar, dass das Heuristic-Systematic Model (HMS) als ein generelles Model für den sozialen Informationsfluss genutzt werden kann. Es kann mit anderen Ansätzen sowohl kombiniert als auch in andere Modelle integriert werden. Bei der Anwendung dieses Models können verschiedene Strategien verfolgt werden. Beim Einsatz des HMS in der Problematik der Minderheit wird ersichtlich, dass es zwei Strategien gibt, welche für die Minderheit von Nutzen sein können. Entweder die „expectancy disconfirmation strategy“ oder die „distrinctiveness strategy“. Auf diese wird im Folgenden genauer eingegangen.<sup>12</sup>

#### „expectancy disconfirmation strategy“

Um diese Strategie gezielt zu verfolgen, muss die Minderheit eine Position finden, welche wirklich von relevanter Bedeutung ist und als Gegenpol des Stereotyps der Mehrheit betrachtet werden kann. Diese Kombination von Relevanz und Oppositionsposition der Mehrheit ist sehr schwierig zu finden.<sup>13</sup>

#### „distrinctiveness strategy“

Bei dieser Strategie vertritt die Minderheit nur in einigen gebietsspezifischen Themen eine andere Meinung als die Mehrheit. Auch wenn die Mehrheit eine Vorahnung hat, dass die Minderheit in einigen Gebieten gezielt zur Erhöhung der Sympathie dieselbe Meinung vertritt und in anderen den Gegenpol, ist es einfacher, die distrinctiveness strategy anzuwenden anstelle der „expectancy disconfirmation strategy“.<sup>14</sup>

---

<sup>12</sup> Vgl. Bohner/Moskowitz/Chaiken (1995), S.31ff.

<sup>13</sup> Vgl. Bohner/Moskowitz/Chaiken (1995), S.31ff.

<sup>14</sup> Vgl. Bohner/Moskowitz/Chaiken (1995), S.31ff.

---

Durch die Anwendung der „distinctiveness strategy“ können bei der Onlinepartizipation spezifische Themengebiete ein besseres Ranking erhalten, weil die Minderheit die Mehrheit entsprechend beeinflusst.

### 3.3 Selbstkategorisierungstheorie

Die Selbstkategorisierungstheorie spezifiziert den kognitiven Kategorisierungsvorgang eines Individuums hin zur Gruppe, welcher die Basis des Gruppenverhaltens bildet. Durch die Selbstkategorisierung passt sich das Individuum dem Gruppendurchschnitt an. Diese Selbsttransformation, bei welcher das eigene Verhalten und Denken an die kontextrelevanten Gruppenprototypen angepasst wird, führt dazu, dass die einzelne Personen Gruppenphänomene übernehmen. Beispielsweise werden Normvorstellungen übernommen oder die Kooperation zwischen den Mitgliedern wird verstärkt.<sup>15</sup>

Wenn diese grundlegenden Gedanken der Selbstkategorisierungstheorie nun auf den Einfluss der Minderheit angewendet werden, können die folgenden Schlussfolgerungen daraus gemacht werden: Eine Person kann innerhalb einer Gruppe dann Einfluss ausüben, wenn sie als Mitglied der Eigengruppe wahrgenommen wird. Sie sollte, auch wenn sie in gewissen Themengebieten nicht die Gruppenmeinung teilt, vorwiegend die Gruppenmeinung unterstützen.<sup>16</sup>

Bei der Onlinepartizipation kann diese Theorie dann von Belang sein, wenn sich eine Person, welche sich in einer Minderheitsgruppe befindet, durch die aktive Beteiligung in Foren der Mehrheitsmeinung anpasst. Dadurch wird sie als Teil der Eigengruppe identifiziert und kann zwischendurch für gewisse Projekte die eigene Meinung durchsetzen.

### 3.4 Theorie von Hollander

Das Idiosynkrasiecredit Model von Hollander besagt, dass ein Führer nur dann Macht ausüben kann, wenn er in erster Linie mit dem Hauptfluss einer

---

<sup>15</sup> Vgl. Hogg/Terry (2000), S.123ff.

<sup>16</sup> Vgl. Abrams/Hogg (1990), S.203.

---

Gruppe mitzieht und die Normen der Gruppe anerkennt. Dadurch gewinnt diese Person Punkte, welche relevant für seine Zukunft sind. Nur unter der Bedingung, dass Punkte gesammelt werden konnten, wird eine innovative Idee seinerseits anerkannt, in Betracht gezogen und nicht schon von Anfang an negativ bewertet.<sup>17</sup>

Diese Theorie kann insofern relevant sein, dass eine Minderheit innerhalb einer Minderheitsgruppe nochmals ihre Macht durchsetzen kann und sogar Minderheitsentscheide nochmals beeinflussen kann.

In diesem Kapitel wurden verschiedene Theorieansätze vorgestellt, welche möglicherweise angewendet werden, um bei der Onlinepartizipation einen Einfluss auszuüben. Im nächsten Kapitel werden die Fallbeispiele „Zukunft Schwedenplatz“ und „Bürgerbeteiligung Köln“ vorgestellt. Diese sollen aufzeigen, dass die Minderheitsproblematik nicht nur in der Theorie vorhanden ist, sondern auch in der Praxis bekannt ist.

---

<sup>17</sup> Vgl. Hollander (1980), S.15.

## 4 Fallbeispiele

Um den Einfluss der Minderheit nicht nur aus dem theoretischen Aspekt zu beleuchten, werden in diesem Kapitel die Fallbeispiele „Zukunft Schwedenplatz – Mischen Sie mit!“ und Kölner Bürgerhaushalt „Deine Stadt - Dein Geld“ vorgestellt, welche das Problem der Minderheit aufzeigen und erste Lösungsansätze vorschlagen.

### 4.1 Zukunft Schwedenplatz – Mischen Sie mit!

Die Themen „Dezentralisierung“ und „Governance“ nehmen in der Stadt Wien an Bedeutung zu. Auch eine vermehrte Einbindung der Bevölkerung in verschiedene Projekte ist sichtbar, was ein Wandel von Government zu Governance bedeutet und zu einer erhöhten Transparenz führt. Durch die Veröffentlichung der erfassten Stadtdaten im Internet zu Themen wie Verkehr, kann die Bevölkerung die Daten einsehen.<sup>18</sup> Eines der Projekte, bei welchem die Bevölkerung der Stadt Wien einbezogen wurde, wird im folgenden Teil präsentiert.

Zukunft Schwedenplatz war ein Projekt, welches von der Stadt Wien initiiert wurde. Das Projekt wurde zwischen Juni und September 2012 durchgeführt. Beteiligt waren die Stadt Wien, MA18 (Projektleitung), wichtige Abteilungen der Kerngruppe, Experten, Interessenvertretungen, Neu & Kühn, Plansinn GmbH und die Bürger der Stadt Wien.<sup>19</sup> Das Projekt bestand aus vier Phasen: Themensammlung, Zwischenergebnisse, Gewichtung und Erstellung des Leitbilds. In den Phasen Themensammlung und Gewichtung wurden die Bürger miteinbezogen.<sup>20</sup>

#### 4.1.1 Ausgangslage

Der Schwedenplatz - Morzinplatz gilt als Portal der Wiener Innenstadt und bildet einen Verkehrsknotenpunkt, an dem verschiedene Verkehrsmittel wie

---

<sup>18</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.34.

<sup>19</sup> Vgl. Neubauer (2013b), S. 1ff.

<sup>20</sup> Vgl. Neubauer (2013b), S.1ff.

---

U-Bahn, Busse und Schiffe zusammentreffen. Fussgänger und Radfahrer passieren tagtäglich diesen Platz.<sup>21</sup>

Die Analyse des Funktions- und Sozialraums hatte ergeben, dass eine Umgestaltung des Platzes notwendig ist, um den diversen Bedürfnissen der Nutzer gerecht zu werden. Dabei sollten aber die Eigenschaften der einzelnen Teilbereiche erhalten bleiben.<sup>22</sup>

Ziel des Projekts war es, den Schwedenplatz in den folgenden Jahren umzugestalten. Als erster Schritt wurde das „Leitbild Zukunft Schwedenplatz“ erstellt, welches die Grundlage für den darauffolgenden Gestaltungswettbewerb bilden sollte.

Um die Wünsche und Ideen der Bürgerinnen und Bürger der Stadt Wien aktiv in das Projekt einzubringen, wurde sowohl ein Dialogbox direkt vor Ort wie auch eine Onlinepartizipation ermöglicht.<sup>23</sup>

#### **4.1.2 Projektablauf**

Bei der Themensammlung konnten die Bürger frei ihre Wünsche online oder offline einbringen. Um Diskussionen zu ermöglichen, wurde der Platz in die vier Bereiche: 1. Marzinplatz bis Rotenturmstrasse, 2. Schwedenplatz zentral 3. Schwedenplatz – Hotelvorplatz und 4. Franz – Josefs – Kai eingeteilt. Bei jedem Teilbereich konnten die Bürger ihre Anliegen einbringen. Nach Abschluss dieser Phase haben Experten die wichtigsten Punkte ausselektiert und zur Bewertung freigeschaltet. In der darauffolgenden Gewichtungphase konnten die Bürger Punkte für die einzelnen Vorschläge, gewichtet nach der selbst empfundenen Priorität, abgeben. Dies sowohl offline, wie auch online.<sup>24</sup>

Beim Projekt wurde ein grosser Wert auf eine Verflechtung der On- und Offlinebeteiligung gelegt. Dabei wurden die Daten, welche bei der Offlinebeteiligung gesammelt wurden, ins Internet übertragen. Die Möglichkeit der Onlinepartizipation sollte den Bürgern den Zugang zur Beteiligung orts- und

---

<sup>21</sup> Vgl. Neubauer (2013b), S.1ff.

<sup>22</sup> Vgl. Stadt Wien (2015).

<sup>23</sup> Vgl. Stadt Wien (2012).

<sup>24</sup> Vgl. Neubauer (2013b), S.1ff.

---

zeitunabhängig machen. Zudem konnte durch den Einbezug des Internets die Stadt Wien die Transparenz des Projekts aufzeigen.<sup>25</sup>

#### **4.1.3 Ergebnisse**

Der Bereich Marzinplatz – Rotentunnel wurde als Erholungsraum gesehen und sollte diese Funktion beibehalten. Beim Bereich „Schwedenplatz zentral“ wurde eine bessere Gliederung gewünscht. Der „Schwedenplatz – Hotelvorplatz“ wurde von den Bürgern grauer wahrgenommen als er tatsächlich ist. Hier wünschten sie sich ein besseres Lichtverhältnis. Beim Franz – Josefs – Kai wurden in den Onlineforen Möglichkeiten diskutiert, den Verkehrslärm zu dämmen.

Aufgrund all dieser Angaben der Bürger wurde das „Leitbild Zukunft Schwedenplatz“ erstellt, welches die Grundlage für den Gestaltungswettbewerb bildete.<sup>26</sup>

#### **4.1.4 Aktuelle Situation**

Nachdem das Leitbild am 13. Oktober 2013 genehmigt wurde, wurde in einem weiteren Schritt ein „Masterplan Schwedenplatz“ erstellt. Die Wettbewerbsausschreibung ist veröffentlicht.<sup>27</sup> Laut Vienna Online soll bis Mitte 2016 ein Lösungsvorschlag für die Umgestaltung vorliegen.<sup>28</sup>

#### **4.1.5 Kritische Punkte**

Die Bürgerinnen und Bürger konnten zwar ihre Vorschläge einbringen, aber diese wurden nicht direkt übernommen und umgesetzt. Somit wurde die dritte Partizipationsstufe der Partizipationsleiter von Schraml und Kleinszig nicht erreicht. Es blieb auf der Stufe der „Mitwirkung“. Weiter wurden nicht alle Zielgruppen erreicht. Es beteiligten sich nur die Personen, welche an dem Thema Interesse hatten und/oder über genügend Ressourcen verfügten.<sup>29</sup> Aufgrund dieser Einschränkungen könnte dies eine Minderheit gewesen sein.

---

<sup>25</sup> Vgl. Neubauer (2013), S.1ff.

<sup>26</sup> Vgl. Neubauer (2013b), S.1ff.

<sup>27</sup> Vgl. Stadt Wien (2012).

<sup>28</sup> Vgl. Vandenbergs (2015).

<sup>29</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.39.

Als Stolperpunkt wurde die Beteiligung der Jugendlichen am Projekt wahrgenommen. Die Zielgruppe Jugendliche (ca. 15 – 20 Jahre) der Anwohnerinnen und Anwohner wurde nicht erreicht.<sup>30</sup> Da die Jugendlichen nicht im gleichen Verhältnis wie die Erwachsenen teilgenommen hatten, wurde eine Anpassung vorgenommen.<sup>31</sup> Die Zielgruppe Jugendliche gehört zu den schwer erreichbaren Gruppen. Wenn man die diversen schwer erreichbaren Gruppen nicht gezielt anspricht und zur Beteiligung motiviert, kommt es zu einer Minderheit, welche sich beteiligt und somit das Ergebnis massgebend beeinflusst.

Weiter konnte jeder registrierte Nutzer eine Stimme für die bevorzugte Idee abgeben.<sup>32</sup> Hier bestand die Möglichkeit, dass einige User sich mehrfach mit verschiedenen Angaben registriert haben, um mehrmals eine Bewertung abzugeben.

Auf der Webseite der Stadt Wien<sup>33</sup>, welche das Projekt initiiert hat, ist keine Stellungnahme zu diesen kritischen Punkten der Möglichkeit des Minderheitseinflusses vorhanden. Hier besteht die Vermutung, dass die Stadt Wien den Beteiligungsprozess euphorisch sieht und den Gefahren noch nicht genügend Aufmerksamkeit beimisst.

#### **4.1.6 Lösungsvorschläge Fallbeispiel Schwedenplatz: Entgegenwirkung des Minderheitseinflusses**

Es existieren bereits einige Lösungsvorschläge, welche dem Einfluss der Minderheit entgegenwirken können. Einer dieser Vorschläge, welche die bestehenden Beteiligungsmethoden erweitert und zur Ansprache der schwer erreichbaren Gruppen angewendet werden kann, ist der Einsatz von smarten Partizipationstools. Diese bieten die Möglichkeit, dass die Bürgerinnen und Bürger aktiv und selbstbestimmt werden. Es wird einerseits die Diversität einer Stadt und andererseits das bestehende Wissen der einzelnen Akteure

---

<sup>30</sup> Vgl. Neubauer (2013a), S.3

<sup>31</sup> Vgl. Neubauer (2013a), S.5.

<sup>32</sup> Vgl. Neubauer (2013a), S.3.

<sup>33</sup> Vgl. Stadt Wien (2015)

---

genutzt. Dies soll dazu führen, dass eine bessere Koordination zwischen den verschiedenen Stakeholdern erfolgt.<sup>34</sup>

Eines dieser Tools ist das Urban Review Place Assessment Tool von Grigsby, Kleinszig & Hatz, welches im Jahre 2013 entwickelt wurde. Den Ursprung hat dieses Tool im amerikanischen Raum, wo es unter dem Begriff „Walkability Audits“ bekannt ist und für Städteentwicklungen gebraucht wird. Hierbei handelt es sich um ein Analyse- und Bewertungsinstrument, welches einen Ort umfassend bewertet. Punkte wie die Mobilität, aber auch emotionale Aspekte werden berücksichtigt. Weiter werden unterschiedliche Altersgruppen von jung bis alt in den Prozess involviert. Auch technisches Know-How oder hohe finanzielle Ressourcen sind nicht nötig, um mit diesem Tool zu arbeiten. Das Urban Review kann auch in diversen Sprachen abgehalten werden, was in der heutigen Zeit von grosser Bedeutung ist.<sup>35</sup>

### **Ablauf des Tools**

Eine Gruppe von diversen Interessengruppen und Experten durchläuft die Ortschaft, welche verändert werden soll und erstellt eine Checkliste mit den wichtigsten Punkten. Unmittelbar nach dem Durchgang wird eine Diskussionsrunde in Form eines „round tabels“ geführt. Dieser wird von neutrale Mediatoren geführt.<sup>36</sup>

## **4.2 Kölner Bürgerhaushalt „Deine Stadt - Dein Geld“**

Seit Ende der 90er Jahre werden Bürgerhaushalte in Deutschland erprobt. Am Anfang ging es vermehrt um das Informieren der Bürger über die Entscheidungen, die gefällt wurden, um die Transparenz zu gewährleisten. Mittlerweile werden aber das Wissen und die Erfahrungen, welche die Bürgerinnen und Bürger haben, relevant. Diese Erfahrungswerte werden vermehrt in Form von Konsultationen erhoben und fliessen direkt in die Beratungsprozesse der Verwaltungen und politischen Gremien ein. Die Beteiligung geschieht öfters in elektronischer Form (E-Partizipation). Eines der Projekte,

---

<sup>34</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.39ff.

<sup>35</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.39ff.

<sup>36</sup> Vgl. Schraml/Kleinszig (2014), S.39ff.

---

welches dieses Verfahren angewendet hat, ist das Projekt Kölner Bürgerhaushalt „Deine Stadt - Dein Geld“.<sup>37</sup>

#### **4.2.1 Ausgangslage**

Im Jahre 2007 hat die Stadt Köln den Bürgerhaushalt eingeführt. Ziel war es, die Bürgerinnen und Bürger vermehrt zur politischen Beteiligung zu motivieren. Sie sollten nicht mehr nur Wählerinnen und Wähler sein, sondern auch die Möglichkeit haben, ihre Ideen einzubringen. Durch das Projekt hatten die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, Spar- und Investitionsvorschläge für haushaltsrelevante Themen einzubringen. Diese wurden durch die Bürgerinnen und Bürger gewichtet und dann durch die Verwaltung auf ihre Durchsetzbarkeit geprüft. Nach der Überprüfung wurde der Vorschlag dem Rat vorgelegt, welcher dann seine Entscheidung den Bürgerinnen und Bürger vorlegte.<sup>38</sup>

Bevor das Projekt durchgeführt wurde, hatte sich die Stadt Köln umfassend mit dem Thema der E-Partizipation und deren Möglichkeiten beschäftigt. Auch diverse Experten-Tagungen wurden durchgeführt. Zudem waren schon Ergebnisse vorhanden aus den Verkehrsprojekten, welche mithilfe von Onlinebeteiligungen durchgeführt worden waren.

Initiiert wurde das Projekt Kölner Bürgerhaushalt durch diverse E-Government und Onlinedienst Fachpersonen. Finanziert wurde das Projekt grösstenteils von der Kämmerei der Stadt Köln. Involviert waren diverse Akteure des E-Governments, Onlinedienste, externe Fachpersonen, verschiedene Institutionen sowie Verbände.<sup>39</sup>

#### **4.2.2 Projektablauf**

Das Bürgerhaushaltsprojekt lässt sich in drei Phasen unterteilen:

- In der ersten Phase wurde verwaltungsintern der Bürgerhaushalt ausgewählt.

---

<sup>37</sup> Vgl. Vorwerk (2009), S. 30.

<sup>38</sup> Vgl. Märker/Wehner (2009), S.1 ff.

<sup>39</sup> Vgl. Märker/Wehner (2009), S.1 ff.

- In der zweiten Phase (Konsultationsphase) wurden die Bürgerinnen und Bürger mit Kampagnen auf die Möglichkeit der Beteiligung aufmerksam gemacht. Alle Bürgerinnen und Bürger hatten während der vierwöchigen Konsultationsphase die Möglichkeit, ihre Spar- und Investitionsvorschläge einzubringen. Diese konnten sie sowohl via Internet wie auch per Call Center, Post oder direkt vor Ort einbringen. Alle Daten wurden aber auf die Onlineplattform übertragen. Fremde Vorschläge konnten mit einem „Pro“ oder „Contra“ bewertet werden. Jeder registrierte Nutzer konnte pro Vorschlag nur eine „Pro“- oder „Contra“ Stimme abgeben.
- In der dritten Phase wurden die Ergebnisse der zweiten Phase fachlich durchleuchtet. Danach folgte eine Abstimmung durch die politischen Gremien, deren Ergebnisse, in Form eines Rechenschaftsberichts, der Bevölkerung vorgelegt wurden.<sup>40</sup>

### **4.2.3 Ergebnisse**

Vermeehrt wurden alltägliche Themen, wie beispielsweise Hindernisse beim Einkaufen, diskutiert und Lösungsvorschläge geliefert. Auch die Beteiligungsquote und die Qualität der Beiträge sprachen für das Verfahren. Die starke Verkehrsdichte auf der Plattform zeigte, dass ein starkes Interesse seitens der Öffentlichkeit für das Thema vorhanden war.<sup>41</sup>

Es wurde zu jedem Thema eine Liste mit den 100 besten Vorschlägen erstellt, bei welcher nochmals eine Priorisierung durch die Politik gemacht wurde. Diese werden jetzt teilweise auch umgesetzt.<sup>42</sup>

### **4.2.4 Aktuelle Situation**

Die Bevölkerung der Stadt Köln konnte sich auch letztes Jahr zwischen dem 17. November 2014 und 07. Dezember 2014 an den Online-Dialogen für den Bürgerhaushalt 2015 beteiligen und Vorschläge vorbringen. Aus diesen wur-

---

<sup>40</sup> Vgl. Märker/Wehner (2009), S.2 ff.

<sup>41</sup> Vgl. Märker/Wehner (2009), S.5.

<sup>42</sup> Vgl. Märker/Wehner (2009), S.3ff.

---

de eine Liste mit den 15 besten Vorschlägen erstellt, welche den politischen Gremien vorgelegt wurde. Hier wird ersichtlich, dass die Möglichkeit der On-linepartizipation schon mehr als in einem Projekt möglich war.<sup>43</sup>

#### **4.2.5 Kritische Punkte**

Der Minderheitseinfluss ist auch in diesem Fallbeispiel sichtbar. Es bestand die Möglichkeit, dass sich einige Personen mehrfach registrierten und die Ergebnisse zugunsten einer Interessengruppe beeinflusst haben. Diese Möglichkeit einer Mehrfachregistrierung wurde von den Bürgerinnen und Bürgern als ein kritischer Punkt eingeschätzt.<sup>44</sup>

Hinzu kommt, dass Personen mit einem formal höheren Bildungsabschluss sich verhältnismässig mehr beteiligt haben als Personen mit einem niedrigen Bildungsabschluss.<sup>45</sup>

Weiter gab es eine hochaktive Gruppe von 30 Personen, welche einen Fünftel der Vorschläge einreicht hatten. Auch bei den Kommentaren der Bürgerinnen und Bürger war ersichtlich, dass eine kleine Gruppe über die Hälfte der Kommentare verfasst hatte. Innerhalb dieser Gruppe war ein Geschlechterunterschied sichtbar. Männer hatten mehr Kommentare verfasst als Frauen.<sup>46</sup> Auffällig war auch, dass sich vorwiegend Personen zwischen 30 und 50 Jahren beteiligt hatten.<sup>47</sup>

#### **4.2.6 Lösungsvorschläge**

Um die Macht gewisser Interessengruppen zu dämpfen, sollten die verschiedenen Möglichkeiten der Beeinflussung explorativ untersucht und abgebildet werden. Die Mehrfachregistrierung könnte durch die mitgehende Beobachtung bekämpft werden.<sup>48</sup>

Damit dem Problem entgegengewirkt wird, dass vorwiegend gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger an der E-Partizipation teilnehmen, könnte eine gruppenfokussierte Untersuchung bei Bürgerinnen und Bürgern mit niedrigen

---

<sup>43</sup> Vgl. Stadt Köln (2015)

<sup>44</sup> Vgl. Taubert (2011), S.5.

<sup>45</sup> Vgl. Taubert (2011), S.24.

<sup>46</sup> Vgl. Taubert (2011), S.27ff.

<sup>47</sup> Vgl. Vorwerk (2009), S. 25.

<sup>48</sup> Vgl. Vorwerk (2009), S. 129.

---

Bildungsabschlüssen durchgeführt werden. Möglich wäre auch eine Umfrage, welche an jene Personen zugestellt wird, welche für die Kölner Bevölkerung repräsentativ sind.<sup>49</sup>

Da das Phänomen der hochaktiven Gruppe schon durch andere internetbasierte Projekte bekannt war, hat man dies nicht explizit bekämpft.<sup>50</sup> Dieser Aspekt wurde also als vernachlässigbar angesehen, was aber ein Fehler ist. Denn das Phänomen der hochaktiven Gruppe sollte bekämpft werden.

In diesem Kapitel wurden die beiden Fallbeispiele „Zukunft Schwedenplatz“ und „Bürgerhaushalt Köln“ bearbeitet, um die praktische Relevanz der Minderheitsproblematik aufzuzeigen. Um dieses Problem nochmals zu untermauern und weitere mögliche Sichtweisen auf die Minderheitsproblematik zu durchleuchten, wurden zwei Telefoninterviews mit Projektleitern aus Onlineprojekten geführt. Die Ergebnisse dieser Interviews werden im nächsten Kapitel präsentiert.

---

<sup>49</sup> Vgl. Vorwerk (2009), S. 128.

<sup>50</sup> Vgl. Vorwerk (2009), S. 123.

---

## 5 Resultate und Erkenntnisse der Interviews

Um neue Erkenntnisse zu gewinnen und um Lösungsansätze für die Bekämpfung der Minderheitsmacht zu generieren, wurden zwei Telefoninterviews mit Projektleitern, welche sich umfassend mit dem Thema Onlinepartizipation beschäftigen, geführt. Die Methode, das Vorgehen während den Interviews sowie die Ergebnisse dieser Interviews werden im folgenden Kapitel dargestellt.

### 5.1 Methode und Vorgehen

Die Interviews wurden in Anlehnung an das Verfahren der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring durchgeführt.<sup>51</sup> Die Interviews erfolgten in Form eines Telefonates, wobei der Fragebogen schon im Voraus den Teilnehmern zugestellt wurde, sodass sich diese vorbereiten konnten. Die Auswertung der Interviews erfolgte audiobasiert. Es wurden nur die Antworten wortwörtlich herausgeschrieben, welche eine Antwort auf die gestellten Fragen gaben. Nonverbale Geräusche, Pausen etc. wurden nicht berücksichtigt. Der Inhalt der Interviews wurde vor der Veröffentlichung dieser Arbeit den Interviewpartnern zugestellt. Diese haben den Inhalt, so wie der in diesem Kapitel und im Anhang vorhanden ist, begutachtet und freigegeben.<sup>52</sup> Im folgenden Teil werden die Interviewpartner kurz vorgestellt und ihre Äusserungen in Form einer Zusammenfassung dargestellt.

### 5.2 Interview Frau Neubauer

Die erste Interviewpartnerin war Frau Kristen Neubauer. Sie hat in verschiedenen Partizipationsprojekten wie beispielsweise beim „Zukunft Schwedenplatz“ in Österreich mitgewirkt. Hier hat sie die Position der Projektleiterin übernommen. Eine zusammenfassende Darstellung ihrer Einstellung und Meinung gegenüber der Minderheitsmacht bei der Onlinepartizipation sowie ihre Lösungsvorschläge werden im Folgenden aufgezeigt.

---

<sup>51</sup> Vgl. Jenkner (2007)

<sup>52</sup> Vgl. Anhang 2ff.

---

Aus der Sicht von Frau Neubauer existiert der Minderheitseffekt bei der Onlinepartizipation. Dies führt sie darauf zurück, dass sich nur diejenigen beteiligen, die sich auch sonst für die Politik interessieren und über die Zeit verfügen, sich mit dem Thema zu beschäftigen und teilzunehmen. Hinzu kommt, dass viele Angebote, welche im Netz vorhanden sind, nicht übersichtlich aufgebaut sind. Dies ist eine Hemmschwelle für die Teilnehmer, welche meist auch nicht wissen, was mit ihren Angaben passiert oder inwiefern ihre Meinungen bei den Entscheidungen mitberücksichtigt werden oder umgesetzt werden. Zudem werden nicht genügend Personen angesprochen oder ein gutes Angebot kann nicht vollumfänglich genutzt werden, da die finanziellen Mittel dazu fehlen.

Laut den Angaben von Frau Neubauer sind es vorwiegend die 30- bis 50-Jährigen, welche sich beteiligen. Analog zu den Erkenntnissen des Fallbeispiels Bürgerhaushalt Köln.<sup>53</sup> Denn in diesem Alter verfügen sie über mehr Interesse an der Politik und an den Mitwirkungsaktivitäten. Vom Onlineangebot profitieren kann zudem der erwerbstätige Teil der Bevölkerung, da dieser zeit- und ortsunabhängig ist.

Die ältere und jüngere Bevölkerung einzubinden ist schwerer, da diese die Möglichkeit der Onlinepartizipation zuerst erlernen müssen. Auf diese Altersgruppen sollte man aktiver zugehen und sie gezielter einbinden. Doch da die Prozesse nicht kontinuierlich stattfinden, fällt es umso schwerer, diese Gruppen einzugliedern. Um die junge Bevölkerung (14- bis 20-Jährige) einzubinden, muss die Art und Weise der Ansprache verändert werden. Eine künstliche Jugendsprache könnte hier angewendet werden. Aber die Jugendlichen sind meist nicht sonderlich begeistert von dieser Art der Ansprache.

Um der Minderheitsmacht entgegenzuwirken, sollte stärker kommuniziert werden. Mit offenen Veranstaltungen rund um das Projekt sollten die diversen Gruppenmitglieder dazu motiviert werden, sich in ihren jeweiligen Gruppen stark zu machen. Weiter sollten Enttäuschungen, welche durch fehlende Transparenz nach der Onlinebeteiligung bezüglich der weiteren Entwicklung des Projekts entstehen, vermieden werden. Die Prozesse müssen kontinuier-

---

<sup>53</sup> Vgl. Kapitel 4

licher stattfinden und die Bürger durchgehend informiert und involviert werden. Frau Neubauer ist auch der Meinung, dass bei allen Entscheidungsprozessen Minderheitsmachtspiele vorhanden sind, wobei es wichtig ist, diese durch die Eingliederung der anderen Bevölkerungsgruppen zu neutralisieren. Hier spielt für sie die Kommunikation eine grosse Rolle. Nicht nur im Projekt sondern rund um das Projekt, also sowohl vorher wie auch im Nachhinein sollte kommuniziert und die Bevölkerung einbezogen werden.

Bezogen auf den Punkt der zukünftigen Entwicklung der Onlinepartizipation fokussiert sich Frau Neubauer auf Österreich. In Österreich hat es eine Rückentwicklung der Onlinepartizipation gegeben, da das Verfahren sehr aufwändig ist. Frau Neubauer vermutet auch, dass hier ein Generationenwechsel auf der Verwaltungs- und Politikebene notwendig ist, um der Rückentwicklung gezielt entgegenzuwirken. Sie weist auch darauf hin, dass in Österreich allgemein ein Verharrungszustand in der Politik zu verzeichnen ist, was sich natürlich auch auf die Onlineaktivitäten abwälzt. Hinzu kommt, dass Österreich traditionell mit dem Begriff Transparenz Mühe hat, was die Onlinepartizipation nicht begünstigt.

Für Frau Neubauer ist der Punkt der Kommunikation sehr wichtig. Ihrer Meinung nach können viele Probleme der Onlinepartizipation mit einem transparenteren und kontinuierlicheren Kommunikationsprozess behoben werden.

### **5.3 Interview Herr Eisel**

Der zweite Interviewpartner war Herr Stephan Eisel. Er war in verschiedenen Ämtern als Politiker tätig und ist der Projektleiter des Projekts „Internet und Demokratie“ der Arnold Stiftung. Es folgt eine zusammenfassende Darstellung seiner Ansicht der Problematik der Minderheitsmacht bei der Onlinepartizipation und die Lösungsansätze, welche er vorschlägt.

Auch aus der Sicht von Herrn Eisel gibt es den Minderheitseffekt bei der Onlinebeteiligung. Für ihn sind es vorwiegend zwei Personengruppen, welche bei der Onlineteilnahme begünstigt werden. Einerseits sind es diejenigen, die über genügend Zeit verfügen, um an diesen Onlineaktivitäten teilzunehmen, und andererseits jene Personengruppe, welche im Arbeitsalltag über einen

---

Internetzugang verfügt. Denn diese Gruppe muss nicht in ihrer Freizeit die Entscheidung treffen, ob sie die verfügbare Zeit für die politischen Themen im Internet nutzt oder anderweitigen Tätigkeiten nachgeht.

Herr Eisel schätzt den Minderheitseffekt so stark ein, dass die Angaben der beteiligten Bürgerinnen und Bürger auf keinen Fall repräsentativ ist. Die Gruppe, welche sich am meisten beteiligt, sind die politisch Interessierten und die, welche über genügend Zeit verfügen. Die Mobilisierungsthese aus der Politikwissenschaft, dass sich durch die Nutzung des Internets auch Bevölkerungsgruppen beteiligen, die sich über andere Kanäle nicht beteiligen ist widerlegt und es gilt aus seiner Sicht die Verstärkungsthese. Dabei gilt der zusätzliche Kanal als weitere Möglichkeit, Einfluss auszuüben, was natürlich die Minderheitsmacht verstärkt. Das Alter der Beteiligten spielt aus seiner Sicht keine grosse Rolle. Ein interessantes Phänomen aus seiner Sichtweise ist, dass Personen, welche am Anfang des Berufslebens stehen oder in der Phase der Familienplanung sind, sich weniger beteiligen als die anderen Personen.

Am wenigsten beteiligen sich Personen, welche aktiv im Berufsleben stehen aber keinen akademischen Beruf ausüben. Dies betrifft für den Interviewpartner den grössten Teil der Bevölkerung. Personengruppen, welche nicht über einen Internetzugang während der Arbeitszeit verfügen, werden also bei den Onlineverfahren diskriminiert. Für Herrn Eisel ist die Beteiligung an den Onlineverfahren nicht eine Frage der Motivation, sondern der Zeit.

Ein weiteres Problem dieser Onlinebürgerhaushalte ist für den Interviewpartner, dass sehr selten die absoluten Zahlen der Beteiligung an die Gremien weitergegeben werden. Die Beteiligungsquote bei den Onlineverfahren liegt weit unter der Beteiligungsquote ausserhalb des Internets. Die Befürworter vergleichen die Beteiligungszahlen oft mit der Teilnehmerzahl an Verwaltungsveranstaltungen. Aber dieser Vergleich ist so nicht machbar, sondern alle Veranstaltungen zum Thema müssen berücksichtigt werden.

Um der Macht der Minderheit entgegenzuwirken, sollten keine plebiszitären Verfahren angewendet werden, welche eine Minderheit nochmals begünstigen. Vor allem wenn die Beteiligung mit Abstimmungsmöglichkeiten verbun-

den ist, ist die Angelegenheit aus seiner Sicht sehr heikel. Die Onlineplattform ist an und für sich eine gute Möglichkeit, Themen zu diskutieren und Vorschläge zu generieren. Wenn es bei dieser Art der Nutzung bleibt, können aus seiner Sichtweise viele Probleme der Beteiligung behoben werden und die Macht der Minderheit gehemmt werden.

Auf die Frage der Entwicklung dieses Verfahrens in der Zukunft antwortete Herr Eisel, dass eine Ernüchterung eingetreten ist. In Europa sind die Bürgerhaushalte grösstenteils ein deutsches Phänomen. Die Beteiligungsquote im Verhältnis zum Aufwand des Verfahrens ist sehr gering. Es sei auch zu bemerken, dass nur wenige Kommunen in Deutschland dieses Verfahren angewendet haben und dies zunehmend auch nicht mehr verwenden.

## 5.4 Interviewvergleich

Beim Vergleich der beiden Interviews stellt sich heraus, dass dieser Minderheitseffekt gemäss beiden Interviewpartnern existiert und vorwiegend die Personengruppen begünstigt, welche über genügend Zeit verfügen. Bei der Frage nach den Bevölkerungsgruppen, welche sich vorwiegend beteiligen, gibt es Diskrepanzen. Nach Frau Neubauer sind die pensionierten Personen weniger involviert, da sie zuerst das Verfahren erlernen müssen. Herr Eisel hingegen ist der Meinung, dass diese Personengruppe über mehr Freizeit verfügt, welche sie für solche Verfahren nutzen kann. Beide Interviewpartner sind der Meinung, dass dieser Minderheitseffekt gezielt bekämpft werden sollte. Frau Neubauer schlägt eine umfassendere und gezieltere Kommunikation vor, wodurch die breitere Bevölkerung besser erreicht wird. Herr Eisel vertritt die Position, dass die Onlineportale zum Zweck des Austauschs und Vorschlagsgenerierung genutzt werden sollten, aber auf keinen Fall eine Abstimmungsmöglichkeit beinhalten dürfen.

Beide Interviewpartner sehen eine Rückentwicklung der Onlinepartizipation in ihrem Heimatland. Das Ziel, auch Bevölkerungsgruppen zu involvieren, die sich sonst nicht bei politischen Aktivitäten beteiligen, kann mit der Onlinebeteiligung nicht erreicht werden. Es beteiligen sich weiterhin die Personengruppen, welche auch sonst immer aktiv sind.

---

In diesem Kapitel wurden die Ergebnisse der beiden Telefoninterviews präsentiert. Nun werden im nächsten Kapitel die Ergebnisse aus den vorhergehenden Kapiteln zusammengeführt, um generische Empfehlungen zu machen. Diese sollten in der Praxis hilfreich sein, um den Minderheitsmachteffekt zu hemmen.

---

## 6 Generische Empfehlungen

Aus der theoretischen Durchleuchtung der verschiedenen Theorien der Minderheitsmacht, den Fallbeispielen, welche bearbeitet wurden und aus den Erkenntnissen der Interviews heraus werden in diesem Kapitel generische Vorschläge gegen die Minderheitsmacht gemacht. Diese Empfehlungen sind nicht abschliessend. Sie sollen die Richtung zeigen, in welche die Onlinepartizipation gehen sollte, damit die Macht der Minderheit abschwächt.

- Die Onlineplattformen sollten ein Ort für die Diskussion und für die Generierung von Lösungsvorschlägen sein. Die Möglichkeit der Abstimmung auf diesen Plattformen sollte abgeschafft werden, da diese eine Minderheit privilegiert und keine repräsentative Abbildung der Bevölkerung generiert.
- Falls die Funktion der Onlinestimmabgaben weiterhin bestehen sollte, muss der Problematik der Mehrfachregistrierung mehr Beachtung geschenkt und diese gezielter bekämpft werden, indem beispielsweise mehr personenspezifischere Angaben gemacht werden müssen. Dies wäre wiederum eine zusätzlich Hürde, welche Teilnehmer abschrecken könnte.
- Es sollte eine umfassendere Kommunikation rund um die Projekte und Vorhaben stattfinden, in die alle Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden. Bevölkerungsgruppen, welche sich bekanntermassen nicht aktiv beteiligen, sollten gezielter und mit anderen Möglichkeiten als dem Internet involviert werden.
- Das Internet kann als Kanal der Beteiligung genutzt werden, es sollte jedoch weiterhin Partizipationsmöglichkeiten ausserhalb des Internets geben. Dies aus dem Grund, dass sich nicht alle Bürger von Onlineportalen angesprochen fühlen, da diese meist sehr unübersichtlich aufgebaut sind und mit einer grossen Zeitinvestition verbunden sind. Partizipationsmöglichkeiten, welche nicht online sind, sind zum Beispiel öffentliche Veranstaltungen oder Dialogboxe.

- 
- Die Beteiligungsprozesse sollten kontinuierlicher stattfinden und der Bezug zur Bevölkerung sollte nicht verloren gehen. Es sollten keine Enttäuschungen geschafft werden, indem die Bevölkerung beispielsweise nicht über die nächsten Schritte informiert wird oder ihre Angaben nicht explizit berücksichtigt werden. Damit wird gewährleistet, dass die Bevölkerung umfassender informierter ist und somit auch der Sinn der Beteiligung für die Bürgerinnen und Bürger sichtbarer wird.
  - Da die Onlinebeteiligung gut ausgebildete Bürgerinnen und Bürger privilegiert, sollten Bürgerinnen und Bürger mit niedrigeren Bildungsabschlüssen gezielter angesprochen werden. Hier können Beteiligungsmöglichkeiten ausserhalb des Internets genutzt werden.

Nachdem in diesem Kapitel generische Empfehlung für die Praxis abgegeben wurden, werden im Kapitel 7 die Schlussfolgerung aus der gesamten Arbeit, ein Fazit und ein Ausblick auf die zukünftigen Forschungsmöglichkeiten gegeben.

---

## 7 Schlussfolgerungen, Fazit und Ausblick

In diesem Kapitel wird die Schlussfolgerungen dieser Arbeit aufgezeigt, ein Fazit gezogen und ein Ausblick für weitere Forschungsmöglichkeiten aufgezeigt.

### 7.1 Schlussfolgerungen

Die Schlussfolgerung greift die verschiedenen Erkenntnisse über den Minderheitseinfluss bei der Onlinepartizipation, welche während dieser Bachelorarbeit gewonnen wurden nochmals Schritt für Schritt auf. Eine der ersten Schlussfolgerungen, welche gezogen werden kann, bezieht sich auf die Partizipationsleiter nach Schraml und Kleinszig, welche im zweiten Kapitel vorgestellt wurde. Hier wird sichtbar, dass der Schritt von der zweiten zur dritten Stufe der Partizipationsleiter noch nicht gemacht ist. Die Bürgerinnen und Bürger können zwar ihre Meinungen einbringen, aber es wird nicht gewährleistet, dass diese bewusst abgefangen und im Entscheidungsprozess eingebunden werden.

Weiter erklären die verschiedenen Theorien über den Minderheitseinfluss die diversen Möglichkeiten, wie Einfluss ausgeübt werden kann. Die Konversionstheorie nach Moscovici sagt beispielsweise aus, dass eine konsistente Meinungsvertretung gegenüber der Mehrheit einen Einfluss ausüben kann. Auch gemäss dem Heuristic-Systematic-Model kann mit der Anwendung der „distinctiveness strategy“ einen Einfluss auf die Mehrheit ausgeübt werden. Die Selbstkategorisierungstheorie besagt, dass wenn eine Person in der Lage ist, sich als Mitglied einer Eigengruppe identifizieren zu lassen, diese Person auch bewusst auf das Gruppendenken einwirken kann. Wenn ein Führer oder ein zukünftiger Führer dem Hauptstrom der Gruppe folgt und die Gruppennormen anerkennt, kann er Punkte generieren, welche ihm dann die Möglichkeit geben, innovative Ideen einzubringen, um den Fluss der Gruppe in eine andere Richtung zu steuern. Dies ist der Hauptgedanke des Idiosyncrasycredit Models.

Durch die Fallbeispiele wird ersichtlich, dass durch die Onlinepartizipation längst nicht alle Bevölkerungsgruppen erreicht werden können. Es sind wei-

---

terhin die politisch Interessierten, welche sich beteiligen. Konkreter sind es jene Personengruppen, welche über genügend Zeitressourcen oder im Arbeitsalltag über eine Position verfügen, wo das Internet durchgehend präsent ist. Das Internet kann also dem Anspruch der Involvierung aller Bevölkerungsgruppen bei den politischen Aktivitäten nicht gerecht werden.

Auch die Interviewergebnisse bestätigen, dass eine Minderheitsmacht vorhanden ist, die durch Einbezug von weiteren Bevölkerungsgruppen mithilfe von Partizipationsmöglichkeiten ausserhalb des Internets eingedämmt werden sollte.

Ziel dieser Bachelorarbeit war es, den Umfang der Minderheitsmacht bei den internetbasierten Beteiligungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Dieses Forschungsziel konnte insofern erreicht werden, dass der Einfluss der Minderheit bei den Fallbeispielen „Zukunft Schwedenplatz“ und „Bürgerhaushalt Köln“ aufgezeigt werden konnte und durch die Stellungnahmen der Interviewpartner nochmals verifiziert wurde. Durch die Ergebnisse der Interviews wurden noch weitere kritische Punkte der Minderheitsmacht aufgezeigt. Auch das Ziel der Erstellung von generischen Empfehlungen konnte erreicht werden. Dennoch muss beachtet werden, dass die Empfehlungen nicht abschliessend sind und konkrete Lösungsansätze nicht formuliert werden konnten. Auch wurden nicht alle Aspekte der Minderheitsmacht betrachtet. Die Theorien, welche für den Literaturteil verwendet wurden, sind eine Auswahl aus vielen möglichen Theorien, welche für die Erklärung des Einflusses der Minderheitsmacht miteinbezogen werden können. Werden andere Theorien miteinbezogen, wird die Minderheitsmacht möglicherweise von einer anderen Seite durchleuchtet. In dieser Arbeit wurden Fallbeispiele aus Deutschland und Österreich gewählt. Auch die Interviewpartner entstammen aus diesen Ländern. Werden beispielsweise Länder wie Skandinavien miteinbezogen, wo auch Onlinepartizipation stattfindet, könnten die Ergebnisse dieser Arbeit anders aussehen.

## **7.2 Fazit**

Die Onlinepartizipationstools bilden ein weiteres Feld für die Minderheitsmacht. Obwohl die Involvierung des Internets das Ziel verfolgte, weitere noch

---

nicht politisch aktive Personen zu involvieren, hat sie vorwiegend dazu beigetragen, den schon vorher politisch aktiven Personen eine zusätzliche Partizipationsmöglichkeit zu geben. Durch das Internet wird also die Macht der Minderheiten verstärkt. Obwohl dieses Phänomen der hochaktiven Gruppen bekannt ist, wird es nicht explizit bekämpft.

Eines der grössten Probleme ist, dass bei der Onlinepartizipation nicht die absolute Zahl der Teilnehmer weitergegeben wird, sondern eine Prozentzahl, welche die ganzen Daten verfälscht. Absolute Zahlen würden den Verwaltungen und politischen Gremien helfen, die Stimmzahlen entsprechend zu gewichten und sich nicht manipulieren zu lassen. Oftmals wird die Teilnehmerzahl auch mit der Teilnehmerzahl von Verwaltungsveranstaltungen verglichen. Auch dies verfälscht die Angaben massgeblich. Es sollten die Anzahl Teilnehmer aller Veranstaltungen eines Themengebiets berücksichtigt werden. Da immer mehr solche kritischen Punkte der Onlinepartizipation bekannt werden, wird die internetbasierte Partizipation nicht mehr so euphorisch gesehen, wie es vor ein paar Jahren der Fall war.

### **7.3 Ausblick**

Nach den Angaben von Frau Neubauer und Herrn Eisel ist eine Rückentwicklung bei der Onlinepartizipation zu verzeichnen. Dies liegt mehrheitlich am ernüchternden Ergebnis im Vergleich zum Aufwand der Ermöglichung der Onlinepartizipation. Die Euphorie, welche bei der Einführung dieser Beteiligungsmöglichkeit vorhanden war, ist erloschen. Wird die Möglichkeit der Onlinebeteiligung wieder verschwinden oder gibt es Möglichkeiten, den Prozess durch eine bessere, transparentere Kommunikation zu verbessern und die breite Bevölkerung zu motivieren, teilzunehmen, wie es Frau Neubauer vorgeschlagen hat? Dieser Forschungsfrage könnte in Zukunft nachgegangen werden.

Ist ein Generationenwechsel notwendig, um diese Möglichkeit der Beteiligung aktiver und erfolgreicher zu nutzen oder ist es eine viel tiefer liegende Grundeinstellung der Bevölkerung zur Politik, welche dieser Art der Beteiligung keine Chance gibt?

---

Wie verändern sich die Ergebnisse, wenn beispielsweise weitere Länder miteinbezogen werden oder ein Vergleich zwischen den Ländern gemacht wird?

Dies sind mögliche Forschungsfragen, denen in Zukunft nachgegangen werden kann, um neue Erkenntnisse zu gewinnen und um den Minderheitseinfluss entgegen zu wirken.

---

## 8 Anhang

### 8.1 Anhang 1

#### Interviewfragen

1. **Gibt es Ihrer Meinung nach den Minderheitsmachteffekt bei der Online-Partizipation?**
  - a) Wenn ja, wie stark schätzen Sie diesen Effekt ein?
  - b) Wenn nein, warum nicht?
  
2. **Warum beteiligt sich nur eine Minderheit an den Onlineaktivitäten?**
  
3. **Welche Bevölkerungsgruppe beteiligt sich am meisten?**
  - a) Weshalb?
  
4. **Welche Bevölkerungsgruppe beteiligt sich am wenigsten?**
  - a) Weshalb?
  - b) Wie kann man diese Gruppe motivieren, an den Onlineaktivitäten teilzunehmen?
  
5. **Was kann man gegen die Minderheitsmacht unternehmen?**
  - a) Sollte man überhaupt etwas unternehmen? → Notwendigkeit?  
(z.B. Bürgerhaushalt Köln)
  
6. **Wie wird sich das ganze Phänomen in den nächsten Jahren entwickeln?**
  - a) Gibt es einen Unterschied zwischen den Ländern oder den Kontinenten (Amerika vs. Europa)?

### 8.2 Anhang 2

#### Telefoninterview Frau Neubauer

**I: Gibt es Ihrer Meinung nach einen Minderheitseffekt bei der Online-Partizipation?**

B: Ja, es kommt aus meiner Sicht sehr stark darauf an, wie man was kommuniziert. Prinzipiell zieht sich das bei allen anderen Fragen durch. Wie bei

---

allen Möglichkeiten der Partizipation haben wir es auch bei der Onlinepartizipation mit Menschen zu tun, welche sich prinzipiell für politische Fragen interessieren und die Tagesfreizeit haben, sich einbringen zu können. Das ist das prinzipielle daran. Man schafft es nie hundert Prozent der Bevölkerung anzusprechen und einzubinden. Es ist die Grundeinstellung aber wir werden dieses Ziel nicht schaffen.

**I: Warum beteiligt sich nur eine Minderheit?**

B: Auf der einen Seite kommt das grössere Interesse an politischen Aktivitäten hinzu, wie es auch bei der Wahlbeteiligung der Fall ist. Mann beteiligt sich, wenn man stark involviert ist oder wenn es in meiner Heimatstadt ist. In einer fremden Stadt würde ich nicht mitmachen. Hinzu kommen noch andere Hemmschwellen. Eine prinzipielle Skepsis der Politik gegenüber, und bei online Aktivitäten die technischen Hemmschwellen. Medienbruch, ob ich die Zeit habe mich vor den Computer zu setzen oder das wirklich auszufüllen. Viele Angebote im Netz sind verwirrend aufgebaut, sowohl inhaltlich: Was passiert jetzt eigentlich wenn ich meine Meinung hier abgebe? Was ist das Beteiligungsversprechen dass dahinter steht? Kann es tatsächlich auch umgesetzt werden? Da einige Beteiligungsangebote gar keine Umsetzungskompetenz haben. Das ist beispielsweise in Oppositionsparteien der Fall. Diese aufruft: „Macht doch was, nimmt teil, weil wie hättet ihr gerne Wien?“ und in Wahrheit können sie gar nichts umsetzen davon. Es wird eine Erwartung geweckt, die dann nicht erfüllt werden kann. Und aber auch auf der technischen Seite sind oft Dinge nicht einfach und klar gemacht. In vielen Fällen mobil schwer durchzuführen. Darum glaube ich werden einfach nicht genügend Leute, auf jeden Fall nicht genügend Leute angesprochen und selbst wenn die Bewerbung kommt, haben wir auch in Wien gehabt, selbst wenn wir ein gutes Angebot haben, hapert es dann an der Finanzierung der Bewerbung. Das es einfach nicht stark genug an eine breite Öffentlichkeit kommuniziert wird und vor allem immer ein Medienbruch, also in einer Zeitung oder so was.

**I: Welche Bevölkerungsgruppe beteiligt sich am meisten?**

---

Ich sage zu unserem Beispiel, die die sich auch bei herkömmlichen Beteiligungsangebote am stärksten einbringen. Ja also, vom Alter her zwischen 30/35 und 50. Die die prinzipiell ein höheres Interesse an Mitwirkung und Politik haben. Die Hoffnung, dass wir komplett andere Gruppen ansprechen, hat sich aus meiner Sicht bis jetzt nicht erfüllt.

**I: Sie beziehen sich auf die Altersgruppe 30/35 bis 50, welche aktiv im Berufsleben ist. Wie sieht es mit den pensionierten Personen aus? Sie haben doch mehr Zeit, sich zu beteiligen?**

Die arbeitende Bevölkerung profitiert vom Onlineangebot, weil dies zeit- und ortsunabhängig ist. Die ältere Bevölkerung ist genauso wie die jüngere Bevölkerung schwerer einzubinden. Auf diese müsste man aus meiner Sicht aktiver zugehen, deutlicher zeigen, müsste fast gelernt werden und da reichen einzelne Beteiligungen, welche online abgewickelt werden oder die teilweise online abgewickelt werden, einfach nicht. Denn wozu sollte ich es für einmal lernen? Hier müsste man aus meiner Sicht einen kontinuierlicheren Prozess machen. Das ganze regelmässiger verfolgen. Was aber in diesem Sinn nicht passiert.

**I: Welche Bevölkerungsgruppe beteiligt sich am wenigsten?**

Am wenigsten sind für mich die ganz jungen.

**I: Wie kann man diese Gruppe motivieren, an den Onlineaktivitäten teilzunehmen?**

Erstens darf es nicht nur online sein, sondern sollte mobil sein. Die Hemmschwelle bei vielen Partizipationsprojekten, die online stattfinden ist, dass die mobile Lösung einfach schlecht ist und nicht mehr den Gewohnheiten entspricht der Jungen. Da gibt es einfach einen anderen Konform, den sie verwenden. Das ist ein Punkt und Jugendliche sind anders anzusprechen. Auf die infantile Weise. Also ein künstliches Jugendgespräch, was viele Politiker auch anwenden. Das aber für Jugendliche eher abtönend ist.

**I: Jugendliche, auf welche Alterskategorie beziehen Sie sich?**

---

Kommt darauf an, was die Zielsetzung ist aber bei Platzgestaltung oder solche Dinge ist es wichtig, dass 14-jährige schon mitmachen bis 20.

**I: Was kann man gegen die Minderheitsmacht unternehmen?**

Stärker kommunizieren. Und nicht diese Enttäuschungen schaffen, die in vielen Beteiligungsprozessen geschafft werden. Nur Nachfragen stellen. Dinge bei denen danach nichts passiert und es muss eine stärkere Kontinuität drin liegen. Ich kann nicht mal so einen Prozess und dann so einen Prozess machen, sondern ein längerfristiges Versprechen, dass es so ablaufen wird und lernen gemeinsam damit umgehen. Und in vielen Dingen konkret auf die Leute zugehen. Eben auch mit offenen Veranstaltungen, gewisse Gruppen motivieren, in ihren jeweiligen Community stark zu vertreten.

**I: Sollte man überhaupt etwas unternehmen? → Notwendigkeit? (z.B. Bürgerhaushalt Köln)**

Es stimmt durchaus, dass bei allen Entscheidungsprozessen, dass Minderheiten teilweise sehr stark agieren. Der ganze Lobbyismus in Brüssel ist nichts anderes. Die jeweiligen Minderheitsmachtspiele. Nichts desto trotz wäre es mir schon wichtig, über die Einbindung anderer das ein bisschen zu neutralisieren. Indem ich versuch, andere stärker anzusprechen. Dies nicht nur im Projekt sondern durch die Kommunikation rund um das Projekt. Wen lade ich ein? Wie wird eingeladen? Wie ist das Ganze geworden? So dass man da einen stärkeren Ausgleich findet. Nur weil es in anderen Entscheidungsprozessen auch so ist, dass beispielsweise eine Lobbyorganisation oder eine Gewerkschaft das Zepter in die Hand nimmt und mehr bestimmen kann als ihr eigentlich zusteht, nur deswegen nicht ihr das Feld überlassen wollen.

**I: Wie wird sich das ganze Phänomen in den nächsten Jahren entwickeln?**

Ich würde da lieber mal für Österreich sprechen. Aus meiner Sicht gab es da schon Hoffnung, dass Österreich da nachzieht in Richtung angloamerikanischer Bereich oder auch Deutschland, Skandinavien, wo diese Dinge viel stärker entwickelt sind. In Österreich hat es aus meiner Sicht wieder biss-

chen eine Rückentwicklung gegeben. Man ist eben schon ein bisschen vorsichtiger geworden, als man vorher war. Und es ist vielleicht auch bei den Verantwortlichen auf Verwaltungs- und Politikebene vielleicht auch ein bisschen ein Generationenwechsel notwendig, um ein bisschen Schwung herinzubringen.

**I: Warum ist ein Rücklauf zu verzeichnen?**

Ist doch ein sehr aufwendiges Verfahren. Es ist nicht die Lösung aller Probleme in der Partizipation gesehen worden. Sie kann auch nicht alle Probleme lösen. Wie in der gesamten österreichischen Politik ein Verharrungszustand und der schlägt sich eben auch auf die Beteiligungssachen nieder so dass man sagen muss, gut wir brauchen Richtlinien oder Instruktionen. Aber man tut sich in Österreich bei allem was in Richtung Transparenz geht, eben auch wie komme ich zu einer Entscheidung, tut man sich traditionell sehr schwer. Ich habe auch die Befürchtung, dass die Partizipation als Werbekampagne gesehen wurde.

### **8.3 Anhang 3**

#### **Telefoninterview Herr Eisel**

Werdegang ist Studium der Politikwissenschaft. Und dann in unterschiedlichen Funktionen politisch tätig. Interessiere mich von der politischen Praxis her für das Thema. Und wissenschaftlich als Projektleiter des Projekts Internet und Demokratie der Arnold Stiftung

**I: Gibt es Ihrer Meinung nach den Minderheitsmachteffekt bei der Online-Partizipation?**

Den gibt es auf jeden Fall. Denn das Internet privilegiert bestimmte Gruppen. Vor allem 2 Gruppen: Die einen sind die Zeitreichen, sie haben viel zu viel Zeit. Die können sich viel einfacher im Internet einbringen als die die das nicht haben und diese Onlinebeteiligungsgeschichten erfordern viel Zeit. Und die zweite Gruppe die privilegiert ist, ist die Gruppe welche beruflich einen Arbeitsplatz hat, der mit einem Zugang zum Internet verbunden ist. Das

heisst beispielsweise ein Angestellter im öffentlichen Dienst oder ein Mitarbeiter an einer Universität oder sowas oder Journalist ist natürlich privilegiert gegenüber einem Busfahrer oder Altenpfleger. Denn diejenigen die beruflich den Zugang nicht haben, müssen in ihrer Freizeit eine viel schärfere Prioritätenwahl treffen zwischen der Nutzung des Internets oder Onlinebeteiligungsmöglichkeiten und zwischen mit den Kindern spielen. Die die den ganzen Tag einen Zugang zum Internet haben, sind dieser Entscheidung nicht so ausgesetzt.

**I: Wenn ja, wie stark schätzen Sie diesen Effekt ein?**

Auf jeden Fall so gross, dass man diese Onlinebeteiligungen auf gar keinen Fall als repräsentativ betrachten kann. Es kommt auch dazu, dass die Beteiligung beim Onlineportal sehr sehr gering ist.

**I: Welche Bevölkerungsgruppe beteiligt sich am meisten? Weshalb?**

Es sind als 1. Mal natürlich mal die überhaupt politisch Interessierten. Das ist ja eine Voraussetzung. Und das 2. Sind diejenigen die Zeit dafür haben. Im Prinzip kann man sagen, dass für die politisch Aktiven ist das Internet ein zusätzliches Betätigungsfeld. Es gibt kaum Hinweise darauf, dass Leute dadurch angesprochen werden, die sowieso nicht schon politisch aktiv sind. Also in der Politikwissenschaft hat sich herausgestellt, die sogenannte Mobilisierungsthese, als dass das Internet neue Gruppen ansprechen würde, die sich vorher nicht für politische Fragen interessiert haben, ist längst widerlegt. Es gilt die Verstärkungsthese. Also diejenigen, die sich sowieso für solche Dinge interessieren, die finden im Internet ein zusätzliches Forum.

Es sind diejenigen die Zeit haben. Also diejenigen welche nicht im Berufsleben stehen sind schon mal höher daran beteiligt und dann sind es wieder diejenigen, die in Berufen tätig sind, wo sie sowieso andauernd Internetzugang haben. Die Frage des Alters, spielt zunehmend eine geringere Rolle, was interessant ist, dass die Internetnutzung generell und auch die Nutzung solcher Foren in der Phase der Familiengründung und des Berufseinstiegs zurückgeht. Also zusätzlich zu den Faktoren die ich genannt habe, sind eben 16-/17-jährige wesentlich häufiger im Netz als beispielsweise 28- oder 35-jährige.

---

**I: Welche Bevölkerungsgruppe beteiligt sich am wenigsten?**

Diejenigen die im Beruf mit Tätigkeiten befasst sind, wo sie keinen Internetzugang haben. Das ist übrigens die grosse Mehrheit der Bevölkerung. All diejenigen die keinen akademischen Beruf haben, sind eher diskriminiert bei diesem Verfahren.

**I: Wie kann man diese Gruppe motivieren, an den Onlineaktivitäten teilzunehmen?**

Das ist gar nicht unbedingt eine Frage der Motivation, sondern ist eine Frage des generellen Zugangs und der Zeit. Also, man muss ja sehen, man braucht Zeit. Die Frage der Motivation, ob ich mich für politische Fragen generell interessiere und ob ich mich an solchen Beteiligungsverfahren beteilige, ob im Internet oder ausserhalb teilnehme, ist nichts Internetspezifisches. Man muss dabei auch noch sehen, es gibt eben auch das Recht, unpolitisch zu sein. Es gibt das Recht seine Entscheidungen zwischen den Wahlen auf diejenigen zu delegieren, die man gewählt hat. Also diese Onlineverfahren haben ja auch einen plebiszitären Aspekt. Wir gehen im Prinzip davon aus, dass sich immer wieder viele mit politischen Fragen befassen und einbringen wollen. Und das ist in der Freiheit der Demokratie eine Grundannahme, die man eigentlich nicht für alle Bürger zu Grunde legen kann. Sie kennen das auch in der Schweiz an der Beteiligungsquoten der Volksabstimmungen. Es gibt eben auch viele Leute die sagen, für mich steht Politik nicht im Mittelpunkt. Ich möchte Leute damit beauftragen, denen ich das Vertrauen durch Wahlen ausspreche. Es gibt in Deutschland Umfragen, dass diese Gruppe fast 40% der Wahlberechtigten sind.

**I: Was kann man gegen die Minderheitsmacht unternehmen?**

Verfahren praktizieren, die nicht eine kleine privilegierte Gruppe privilegieren. Das heisst, dass all diese plebiszitäre Verfahren sind sehr problematisch und bei diesen Onlinebeteiligungsgeschichten sind sie dann problematisch, wenn sie mit Abstimmungsmechanismen verbunden sind. Weil das den Eindruck erweckt, dass halt irgendwie eine Form von Repräsentativität vorhanden ist. Wenn ich ein Onlineverfahren mache und das Internet als Diskussionsplattform zur Verfügung stelle, wo man Anregungen geben kann, Pro und Contra

---

diskutieren kann und keine Abstimmungstools mache, dann habe ich schon mal ein erhebliches Problem beseitigt.

**I: Sollte man überhaupt etwas unternehmen? → Notwendigkeit? (z.B. Bürgerhaushalt Köln)**

Nein, das halte ich so nicht für plausibel, weil mit dem Internet der Anspruch verbunden ist, dass man eben mehr Leute erreicht. Was aber tatsächlich nicht der Fall ist, aber der Anspruch ist damit verbunden. Bei Bürgerhaushalten wird gar nicht die absolute Zahl der Beteiligten weitergegeben, sondern es werden nur Prozentzahlen weitergegeben. Da wird also gesagt diese Strasse soll gebaut werden und dann sagt man nicht 45 Bürger sind dafür und 12 nicht, sondern man sagt 50% Zahlen dafür. Und eins der grössten Probleme bei diesen Online Bürgerhaushalten ist, dass die absoluten Zahlen an die Gremien sehr selten weitergegeben werden. Man muss auch sagen, wenn man die Beteiligungszahlen bei diesem Onlineverfahren nimmt, liegen diese weit unter den Mitwirkungs- und Beteiligungsverfahren ausserhalb des Internets. Viele der Befürworter der Online Bürgerhaushalten vergleichen das mit der Teilnehmerzahl an Verwaltungsveranstaltungen. Das ist aber keine richtige Bezugsgrösse sondern man muss es vergleichen mit der politischen Beteiligung die über die Parteien, veranstaltenden Parteien stattfinden, wie es beispielsweise auch in Leserbriefen stattfindet, in allen möglichen Foren, also ausserhalb des Internets und man kann nicht nur Verwaltungsveranstaltungen nehmen. Also wenn ich zum Beispiel den Haushalt der Stadt Köln nehme und die Verwaltung lädt zu einer Veranstaltung ein. Dann kann ich nicht sagen, da waren nur 120 Leute da und im Internet waren es 480. Sondern ich muss dann schon die Veranstaltungen der Parteien nehmen, die zum Haushalt gemacht worden sind und da kommen Sie auf ganz andere viel grössere Zahlen.

**I: Wie wird sich das ganze Phänomen in den nächsten Jahren entwickeln?**

---

Es ist schon eine grosse Ernüchterung eigentlich eingetreten. Es sind ja sowieso nur sehr wenige Kommunen, die das bisher praktiziert haben. In Deutschland sind es von den 14'000 kommunalen Gebietskörperschaften die es gibt, sind es etwa 120 oder 130, die solche Online Bürgerhaushalte praktiziert haben und da gibt es eine deutliche Gruppe die das nach ein oder zwei Mal gemacht hat und es nicht fortsetzt, weil die Beteiligung daran so niedrig ist und der Aufwand dazu im Verhältnis zu gross ist. Dazu gehört zum Beispiel Wiesbaden, Solingen, auch in Bonn wird es jetzt so sein. Das heisst die Ernüchterung über die Effizienz dieses Angebotes ist schon weiter verbreitet, als das vor 5 Jahren war.

**I: Gibt es einen Unterschied zwischen den Ländern oder den Kontinenten (Amerika vs. Europa)?**

Also was jetzt die Situation in Europa betrifft, ist dieses Instrument der Online Bürgerhaushalte im Prinzip, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, eine deutsche Angelegenheit. Wird kaum sonst praktiziert. Aber eigentlich kommt die Idee ja gar nicht verbunden mit dem Internet aus Lateinamerika. Aber gar nicht im Sinne des Internets, insofern kann man gar nicht einen soliden internationalen Vergleich machen.

**I: Warum beteiligen sich die Jugendlichen weniger an diesen Aktivitäten?**

Das Interesse der Jugendlichen an politischen Fragen ist ja generell geringer. Weil sie bei der Gestaltung so eines Platzes viel weniger betroffen sind, als Geschäftsleute oder die Leute die da ein Haus besitzen. Das ist nicht verwunderlich, dass 17-jährige sich für solche Fragen weniger interessieren als diejenigen die unmittelbar die eigenen Interessen mit der kommunalen Frage verbinden.

---

## 9 Literaturliste

Abrams, D., Hogg, M. A. (1990), Social identification, self-categorization and social influence. *European review of social psychology*, 1(1), S. 195-228.

Almarabeh, T., AbuAli, A. (2010), A general framework for e-government: Definition maturity challenges, opportunities, and success. *European Journal of Scientific Research*, 39(1), S. 29-42.

Arnstein, S. R. (1969), A ladder of citizen participation. *Journal of the American Institute of planners*, 35(4), S. 216-224.

Bohner, G., Moskowitz, G. B., Chaiken, S. (1995), The interplay of heuristic and systematic processing of social information. *European review of social psychology*, 6(1), S. 33-68.

Christensen, L. (2013), Bericht E-Partizipation, URL: [https://www.stadt-zu-erich.ch/content/dam/stzh/prd/Deutsch/Stadtentwicklung/Publikationen\\_und\\_Broschueren/Stadt-\\_und\\_Quartierentwicklung/Strategien/Bericht\\_ePartizipation.pdf](https://www.stadt-zu-erich.ch/content/dam/stzh/prd/Deutsch/Stadtentwicklung/Publikationen_und_Broschueren/Stadt-_und_Quartierentwicklung/Strategien/Bericht_ePartizipation.pdf) [Erstellt: 2013-03-27; Abruf: 2015-11-01].

Habel, F. R., Huber, A. (2008), Web 2.0 für Kommunen und Kommunalpolitik. Neue Formen der Öffentlichkeit und der Zusammenarbeit von Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Bürger. Im Auftr. des Innovators Club-Deutschlandforum Verwaltungsmodernisierung. Verlag Werner Hülsbusch. Boizenburg.

Hogg, M. A., Terry, D. I. (2000), Social identity and self-categorization processes in organizational contexts. *Academy of management review*, 25(1), S. 121-140.

Hollander, E. P. (1980), *Leadership and social exchange processes*. Springer

US, S. 103-118.

Jenkner, J. (2007), Die Qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring, URL: <https://www.ph-freiburg.de/quasus/einstiegstexte/datenauswertung/qual-inhaltsanalyse/qualitative-inhaltsanalyse-nach-mayring.html> [Abruf: 2015-11-01].

Macintosh, A. (2004), Characterizing e-participation in policy-making. In System Sciences, 2004. Proceedings of the 37th Annual Hawaii International Conference on S. 10-pp. IEEE.

Märker, O., Wehner, J. (2009), Praxisbeispiel Bürgerhaushalt Köln, URL: [http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/Praxisbeispiele/Praxisbeispiel\\_K\\_\\_Iner-B\\_\\_rgerhaushalt\\_web.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/Praxisbeispiel_K__Iner-B__rgerhaushalt_web.pdf) [Erstellt: 2009-06-23; Abruf: 2015-11-01].

Moscovici, S., Personnaz, B. (1980), Studies in social influence: V. Minority influence and conversion behavior in a perceptual task. *Journal of Experimental Social Psychology*, 16(3), S. 270-282.

Neubauer (2013a), Endreport Phase „Sammlung“, URL: <https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/studien/pdf/e000009.pdf> [Erstellt: 2013-04-09; Abruf: 2015-11-01].

Neubauer (2013b), Zukunft Schwedenplatz - mischen Sie mit! , URL: [http://www.partizipation.at/fileadmin/media\\_data/Downloads/Praxisbeispiele/Zukunft-Schwedenplatz\\_JG.pdf](http://www.partizipation.at/fileadmin/media_data/Downloads/Praxisbeispiele/Zukunft-Schwedenplatz_JG.pdf) [Erstellt: 2013-05-24; Abruf: 2015-09-20].

Schraml, C., Kleinszig, E. (2014), From Obstacle to Opportunity: Bürgerbeteiligung in der lebenswertesten Stadt der Welt S. 31-44. Hannover: Verlag der ARL-Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

Stadt Köln (2015), Bürgerhaushalt 2015, URL: <https://buergerhaushalt.stadt-koeln.de/2015/seiten/ihre-ideen-sind-gefragt> [Abruf: 2015-11-01]

---

Stadt Wien (2012), Schwedenplatz-Morzinplatz Neugestaltung, URL:  
<https://www.wien.gv.at/stadtentwicklung/projekte/schwedenplatz/> [Erstellt:  
2012-04-25; Abruf: 2015-11-01]

Stadt Wien (2015), Zukunft Schwedenplatz, URL:  
<https://schwedenplatz.wien.gv.at/site/der-schwedenplatz/sozialraumanalyse/umgestaltung/> [Abruf: 2015-11-01]

Taubert, N. (2011), Evaluierung des Kölner Bürgerhaushalts. Kassel University Press GmbH.

Vandenbergs (2015), Kriterien für die Umgestaltung: So wird der neue Schwedenplatz in Wien, URL: <http://www.vienna.at/kriterien-fuer-die-umgestaltung-so-wird-der-neue-schwedenplatz-in-wien/4365553> [Erstellt: 2015-06-18; Abruf: 2015-11-01].

von Lucke, J. (2010), Transparenz 2.0–Transparenz durch E-Government, S. 396-412. VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Vorwerk, V. (2009), URL:  
<https://www.buergerwissen.de/sites/default/files/2009-gender-bhh-bericht-druck.pdf> [Erstellt: 2009-06-05; Abruf: 2015-10-26]

---

## Selbständigkeitserklärung

*„Ich erkläre hiermit, dass ich diese Arbeit selbstständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt habe. Alle Stellen, die wörtlich oder sinngemäss aus Quellen entnommen wurden, habe ich als solche gekennzeichnet. Mir ist bekannt, dass andernfalls der Senat gemäss Artikel 36 Absatz 1 Buchstabe o des Gesetzes vom 5. September 1996 über die Universität zum Entzug des aufgrund dieser Arbeit verliehenen Titels berechtigt ist.“*

Ort, Datum

Vorname Name

---

## **Veröffentlichung der Arbeit**

Hiermit erlaube ich, meine Arbeit in der Bibliothek des Instituts für Wirtschaftsinformatik zu veröffentlichen.

Ort, Datum

Vorname Name